Rede

der Ministerin für Schule, Jugend und Kinder NRW

Ute Schäfer

zum Thema „Aktuelle schulpolitische Perspektiven unter besonderer Berücksichtigung des Gymnasiums"

bei der Jahresversammlung der Westfälischen Direktorenkonferenz

24.11.2003

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Frau Dr. Berg-Ehlers,

vor einigen Wochen ist in Darmstadt am Rande der Sitzung der Kultusministerkonferenz der erste Bildungsbericht der KMK vorgestellt worden. Das sicherte dem Thema Bildung wieder einmal die Aufmerksamkeit der Medien. Der Bildungsbericht der KMK, der von einem unabhängigen Wissenschaftlerkonsortium verfasst wurde, hält uns allen erneut den Spiegel vor. Das sind wir jedoch seit einer Reihe von Jahren durch die großen internationalen Vergleichsuntersuchungen wie PISA und IGLU gewohnt. Wir denken weiter nach, was wir verändern wollen und müssen.

Dieser Aufgabe müssen wir uns auf allen Ebenen stellen. Das gilt für die Ebene der Bildungspolitik, aber auch für die Schulaufsicht und die einzelnen Schulen und ihre Schulleitungen. Es gilt das Prinzip der speziellen Verantwortung der einzelnen Ebenen, aber auch der gemeinsamen Verantwortung aller Ebenen.

Ich möchte Sie in diesem Sinne ganz herzlich einladen, sich aktiv an der Lösung der Probleme zu beteiligen, vor denen wir gemeinsam stehen. Das gilt für die heutige Veranstaltung, das gilt aber auch für Ihre tägliche Arbeit in den Schulen. Es gibt eine Reihe aktueller Fragen, auf die ich eingehen werde. Es soll u.a. um die Arbeitszeiterhöhung für Lehrkräfte, die Perspektiven der Unterrichtsversorgung, das Zeitbudget und die Schulzeitverkürzung gehen. Auf das Thema „Standardsetzung und Standardüberprüfung“ will ich mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen eingehen. Das ist bei Ihnen heute Nachmittag ja ausführlich Thema.

Es wird mir sicher nicht möglich sein, in der zur Verfügung stehenden Zeit alle Facetten der Thematik zu streifen, die Ihnen wichtig sind. In der nachfolgenden Aussprache und in dem anschließenden Gespräch mit Herrn Orth ist dann noch Gelegenheit, weitere Problempunkte anzusprechen.

Lassen Sie mich gleich zu Anfang auf das Reizthema „Arbeitszeiterhöhung für Lehrkräfte“ eingehen. Bevor ich zu den nüchternen Fakten komme, gestatten Sie mir ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Thema vorab:

Wir haben jetzt in Deutschland eine Phase einer bald dreijährigen wirtschaftlichen Stagnation hinter uns. Es zeichnet sich jetzt zwar ein deutlicher Silberstreif am Horizont ab, wir sind aber noch lange nicht über dem Berg. Die Folgen für die öffentlichen Haushalte sind bekannt. Die

Klagen über die angebliche Reformunfähigkeit unseres Landes und die Forderung nach grundlegenden Reformen sind allgegenwärtig.

Der Konsens darüber, dass wir insgesamt über unsere Verhältnisse gelebt haben und alle Opfer bringen müssen, ist auf einer allgemeinen Ebene sehr hoch, auch der Konsens darüber, dass wir unsere Probleme nicht mehr über die Zuteilung von Mitteln aus dem ökonomischen Wachstum lösen können. Und alle sind sich deshalb einig, dass es nicht um kosmetische, sondern um strukturelle Reformen geht. Doch strukturelle Reformen greifen immer in Besitzstände ein - und da hat jeder die Tendenz, zu sagen, dass der Eingriff gerade bei ihm unvertretbar sei.

Unter diesen Umständen spricht vieles für die „Methode Rasenmäher“. Wenn alle etwas abgeben müssen, fällt es jedem leichter.

Was den Bildungsetat in Nordrhein-Westfalen angeht, ist aber nun gerade nicht nach dieser Methode verfahren worden. Das müssen wir uns alle, die im Bildungsbereich arbeiten, immer wieder vergegenwärtigen. Der Bildungsetat kommt - bei einer Kürzung von insgesamt über 2 Milliarden € im Gesamtetat - weitgehend ungeschoren davon. Ich will hier klar sagen, dass das aus meiner Sicht unter den gegebenen Bedingungen ein wirklich gutes Ergebnis ist. Dieser Landesregierung und den sie tragenden Parteien ist es ernst mit der Parole „Vorrang für Bildung“.

Was unter diesen Umständen dann aber nicht mehr ging, war, die Lehrerinnen und Lehrer von einer insgesamt als unvermeidlich betrachteten Arbeitszeiterhöhung im öffentlichen Dienst auszunehmen.

Mir ist das Problem der Arbeitsbelastung sehr bewusst. Ich habe mich deshalb in der Vergangenheit dafür eingesetzt, dass es nicht zu einer Arbeitszeiterhöhung kommt. Ich gestehe ein, dass das angesichts der Sachlage in diesem Sommer nicht länger durchzuhalten war.

Wir denken intensiv darüber nach, wie wir zumindest teilweise Entlastung schaffen können. Darüber sind wir auch mit den Lehrerverbänden im Gespräch. Für den Bereich des Abiturs haben wir die entsprechenden Entscheidungen bereits getroffen. Der entsprechende Erlass wurde im November-Amtsblatt veröffentlicht und war dank der Aktivitäten der Verbände bereits vorher in allen Schulen bekannt. Ich glaube, die neuen Regelungen kommen vielen Wünschen entgegen. Das zeigen die ersten Reaktionen, die mich erreicht haben.

Doch zurück zur Arbeitszeiterhöhung: Wie sieht ihre Umsetzung aus? Die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte aller Schulformen wird um eine Stunde erhöht. Bei den Lehrkräften, die derzeit die

Vorgriffsstunde erteilen, wird die Arbeitszeiterhöhung mit der Vorgriffsstunde verrechnet, so dass sich für sie aktuell nichts ändert. Die Vorgriffsstunde entfällt also ab 2004. Soweit die Vorgriffsstunde bereits erteilt wurde, wird sie planmäßig ab 2008 zurückgegeben.

Die Arbeitszeiterhöhung greift ab dem 1.2.2004 (bei den anderen Landesbeamten ab dem 1.1.2004). Sie wird aber erst ab dem 1.8.2004 in die Schüler-Lehrer-Relation eingerechnet, so dass im zweiten Halbjahr dieses Schuljahres in den Schulen entsprechend mehr Unterrichtsvolumen zur Verfügung steht. An den Gymnasien sind das landesweit 400 Stellen.

Was bedeutet die Arbeitszeiterhöhung für die Stellenentwicklung? Sie wissen, dass es die politische Absichtserklärung dieser Landesregierung war, in dieser Legislaturperiode 6.100 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen - für neue Unterrichtsangebote, eine Erhöhung der Schulleitungsentlastung und zum Ausgleich steigender Schülerzahlen. Rund 3.100 dieser zusätzlichen Stellen sind mit dem nunmehr beginnenden Schuljahr realisiert, 3.000 stehen noch aus. Die zusätzliche Unterrichtsstunde, die unsere Lehrerinnen und Lehrer vom kommenden Jahr an leisten müssen, entspricht per saldo einem Gegenwert von 4.000 Stellen. Diese sollen voll in den Schulen verbleiben. Wir werden weiter auf die höher als erwartet ausgefallenen Schülerzuwächse reagieren und noch einmal 1.000 zusätzliche Stellen bereit stellen. Wir gehen deshalb davon aus, dass wir auch für die Gymnasien zum 1.8.2004 so viel Stellen zur Verfügung stellen können, wie es nach der in dieser Form so nicht erwarteten Entwicklung der Schülerzahlen notwendig ist.

So wird zunächst zwar die Substanz des Stufenplans erfüllt und wir reagieren gleichzeitig darauf, dass sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler vor allem durch den Mangel an Ausbildungsplätzen anders entwickelt hat als bisher prognostiziert. Dies bedeutet z.B., dass es bei der geplanten Erhöhung der Schulleitungspauschale um 500 Stellen bleibt und so zumindest erreicht werden kann, dass sich diese trotz der Reduzierung der Grundstellenzahl im Gefolge der Arbeitszeiterhöhung nicht vermindert. Es ist damit sichergestellt, dass die Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr arbeiten, um den Landeshaushalt zu sanieren, sondern um den Unterricht zu sichern und die geplanten und notwendigen Verbesserungen in den Schulen des Landes - wie Englisch in der Grundschule - auch wirklich zu realisieren.

Es ist im Übrigen gewährleistet, dass die Einstellungschancen von jungen Lehrerinnen und Lehrern auch in den kommenden Jahren hervorragend bleiben. So werden wir auch 2004 mindestens 5.500 Lehrerstellen besetzen können. Damit würde die Zahl der Einstellungen in etwa auf dem Niveau dieses Jahres liegen. Für das Gymnasium bedeutet dies z.B., dass wir

hinreichend Möglichkeiten haben werden, den fächerspezifischen Bedarf zu mildern.

Im Bereich „Geld statt Stellen“ haben wir zu Beginn dieses Jahres einen Engpass gehabt, der zum Teil zu Schwierigkeiten bei der Unterrichtsabdeckung geführt hat. Das haben wir dann im Nachtragshaushalt korrigiert. Im Jahre 2004 werden wir wieder eine gewisse Verminderung der Mittel hinnehmen müssen, die jedoch angesichts der beschriebenen besseren Versorgungssituation in dem Halbjahr ab dem 1.2. hinnehmbar ist, so dass im gesamten Jahr keine nennenswerten Probleme zu erwarten sind. Im Jahr 2005 werden dann wieder insgesamt 110 Mio. € zur Verfügung stehen, also die gleiche Summe wie in diesem Jahr.

Wir haben also – ich habe es zu verdeutlichen versucht - mit der Operation zum Haushalt 2004 Wesentliches erreicht. Das Grundproblem, wie erreichen wir eine bessere und auch gerechtere „Mittelallokation“, wie die Bildungsökonomen sagen, wenn wir neue Anforderungen und Bedürfnisse nicht mehr aus einem selbstverständlichen Zuwachs befriedigen können, ist damit allerdings noch nicht gelöst.

Der bereits zitierte Bildungsbericht der KMK formuliert das Problem so: „Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ... gefährdet die Umsetzung intendierter Reformen des Bildungssystems. Umso wichtiger sind ein zielführender, effektiver Mitteleinsatz und ein optimierender, effizienter Umgang mit den verfügbaren Ressourcen.“

Ich möchte Sie einladen, mit mir über Perspektiven zu diesem Problem nachzudenken. „Zielführender effektiver Mitteleinsatz“ für neue oder als besonders dringlich erkannte Anliegen bedeutet bei knappen Mitteln nun einmal unvermeidlich, dass vorhandene Mittel umverteilt werden müssen. Sie haben das in den Gymnasien an einer Stelle in diesem Jahr bereits erlebt.

Wir haben uns zu Beginn dieses Jahres entschlossen, im Sinne der Forderung des Bildungsberichts das Zeitbudget als einen der wenigen disponiblen Fonds, den wir für einen gezielten Einsatz an den Brennpunkten unseres Bildungssystems haben, neu zu verteilen und uns dabei künftig auf vier zentrale Felder zu konzentrieren. Diese Felder sind

- die Sprachförderung für die Klassen 5 und 6 an Hauptschulen und Gesamtschulen,
- das Projekt Betrieb und Schule – BUS,
- die gezielte Förderung der Berufsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern mit Lern- und

Entwicklungsstörungen an Sonderschulen

- und die Versorgung von Hauptschulen mit sozialpädagogischen Fachkräften.

Ich glaube, niemand wird bestreiten, dass diese Felder zentrale Problembereiche betreffen, wie sie bei PISA deutlich geworden sind. Es geht um die konzentrierte Hilfe für diejenigen, die die größten Probleme haben, in unserem Schulsystem erfolgreich zu sein und die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Berufseinstieg zu erreichen.

Diese Schwerpunktsetzung bedeutete unvermeidlich, dass andere, die bisher vom Zeitbudget profitiert haben wie das Gymnasium, abgeben mussten. Das war im Sinne des genannten Prinzips „zielführender Mitteleinsatz“ unvermeidlich und auch gerechtfertigt.

Selbstverständlich gibt es in allen Schulformen und damit auch im Gymnasium Probleme und Notwendigkeiten wie die mit dem Zeitbudget verbundene Chance, gezielt Innovationsanstrengungen zu unterstützen. Im Vergleich mit den Problemlagen in den genannten vier Feldern müssen diese Anliegen aber zurückstehen.

Daran wird sich aller Voraussicht nach auch in der nächsten Zeit nichts ändern. Ich kann Ihnen deshalb keine Hoffnungen für eine baldige Neuzuweisung von Stellen aus dem Zeitbudget machen. Vielleicht bekommen wir im Zusammenhang mit den zu erwartenden Schülerrückgängen hier in der Perspektive neue Möglichkeiten.

Nicht nur an dieser Stelle sind wir darauf angewiesen, erwünschte neue Mittelverwendungen selbst zu erwirtschaften. Der KMK-Bildungsbericht macht eine interessante Aussage, die für die häufig diskutierte Frage, wie schaffen wir die Voraussetzungen für eine bessere individualisierte Förderung der Schülerinnen und Schüler, bedeutsam ist. Er stellt fest:

„Der populären Forderung nach kleineren Klassen steht der damit verbundene Kostenaufwand gegenüber. Auf Grund der Forschungslage ist zudem zweifelhaft, ob von kleineren Klassen die erhofften positiven Effekte ausgehen. Zu überlegen wären flexiblere Verteilungsmodelle, was die Möglichkeit einschließt, die einzelnen Schulen an Entscheidungen über Stundentafeln und Einteilungen der Lerngruppen stärker zu beteiligen.“

Die Delegation des MSJK, die im Mai 2002 in Schweden ein Kooperationsabkommen zur Zusammenarbeit bei Lernstandserhebungen geschlossen hat, hat bei dieser Gelegenheit eine Stockholmer Vorstadtschule mit einem hohen Migrantenanteil besucht und dort erfahren, dass

die Schule mit Durchschnittsfrequenzen über 30 arbeitet, aber viele Lehrerstellen für die gezielte Förderung insbesondere von Problemschülern in kleinen Gruppen verwendet.

Im letzten Schuljahr betrug die durchschnittliche Klassenfrequenz in der Sekundarstufe I des Gymnasiums 27,4 – dies nur zur Beruhigung. Aber die Frage sei doch erlaubt: Wäre es auch bei uns grundsätzlich vorstellbar, nach dem in Schweden verfolgten Prinzip zu arbeiten?

Und eine weitere Frage: Könnte es vielleicht doch noch gelingen, dem Prinzip des internen Ausgleichs von Belastungen, wie sie z.B. durch Korrekturen entstehen, durch eine Umverteilung von Stundendeputaten in den Kollegien näher zu kommen?

Ich glaube, diese und ähnliche Fragen werden wir uns in der nächsten Zeit immer wieder stellen müssen. Denn auf das Prinzip der Befriedigung neuer Bedürfnisse aus einem Zuwachs an Mitteln werden wir in der nächsten Zeit nicht mehr setzen können.

Das Thema Standardsetzung und Standardüberprüfung soll heute Nachmittag ausführlich behandelt werden. Ich will mich deshalb auf ein paar grundsätzliche Bemerkungen beschränken.

Es geht kein Weg an der Erkenntnis vorbei: Im Hinblick auf die internationalen Maßstäbe für eine systematische Standardüberprüfung sind rein schulbezogene Konzepte der Standardsicherung, wie wir sie bisher in NRW mit unseren Parallelarbeiten haben, unzureichend. Diese Konzepte garantieren nicht hinreichend die Orientierung an zentral definierten Standards, sie erfassen nicht hinreichend gut genug Schülerleistungen und sie ermitteln nicht genügend prospektiv Lern- und Förderbedarf.

Deswegen gehen wir in Deutschland insgesamt und auch hier in NRW den Weg einer Verstärkung und Verbesserung der Überprüfung von Standards durch zentrale Lernstandserhebungen. Im Hinblick auf die Ermittlung von Lern- und Förderbedarf wollen wir sie nach schwedischem Vorbild um Materialien für gezielte Lernstandsdiagnosen ergänzen.

Weil wir da alle wenig Erfahrung und Expertise haben, ist der Weg dahin nicht einfach und auch nicht risikolos.

Wir müssen uns z.B. folgender Problemlage bewusst sein: Ohne eine Verbindung mit gezielten Impulsen für eine verbesserte Förderung können zentrale Standardüberprüfungen zu einer weiteren Erhöhung der bereits zu hohen Selektionsquote führen und sich dadurch auch negativ

auf die Ergebnisqualität insgesamt auswirken.

Uns kommt es in NRW deshalb zentral darauf an, die Lernstandserhebungen mit einer Kultur schulbezogener Qualitätssicherung zu verbinden, bei der diese externen Überprüfungen sich organisch in die kontinuierliche Arbeit einer Schule an der Qualität ihrer Arbeit und an der Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler einbinden.

Schulprogramm und interne Evaluation werden also nicht obsolet. Diese Aufgabe der Entwicklung einer entsprechenden förderorientierten schulischen Arbeitskultur ist mindestens so schwierig wie die Entwicklung abgesicherter Tests. Wir sind da auf Ihre Unterstützung und Mitarbeit angewiesen.

Nun zum Thema Schulzeitverkürzung, das verständlicherweise die Gymnasien besonders interessiert. Vor einigen Wochen hat der Landtag über dieses Thema debattiert und vielleicht haben einige von Ihnen die Berichterstattung darüber verfolgt.

Die Problemlagen und Fronten sind dabei – so glaube ich – recht deutlich geworden. Ich will meine Position hier noch einmal verdeutlichen:

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich im Düsseldorfer Signal darauf verständigt, das Abitur nach 12 Jahren als Regelfall so schnell wie möglich einzuführen. Ergänzend soll es 13jährige Bildungsgänge mit der Jahrgangsstufe 11 als optionales Förderjahr geben, um hohe Bildungsabschlüsse für möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu eröffnen. Wir haben mit diesem Beschluss ein Zeichen dafür gesetzt, in dieser seit vielen Jahren diskutierten Frage zu einer weitergehenden Klärung zu kommen.

Ich will deutlich machen, in welchem größeren Zusammenhang diese Frage steht und worum es mir dabei geht.

Wir haben in der Vergangenheit eine häufig sehr verkürzte Diskussion über die Frage der Schulzeitverkürzung erlebt. Vor allem aber kam häufig nicht in den Blick, worum es bei dem Thema Schulzeitverkürzung letztlich gehen muss: *um den verantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit unserer Kinder und Jugendlichen*. Das ist bei diesem Thema mein Bezugspunkt und mein Anliegen. Mit dieser Orientierung wird deutlich, dass die Schulzeitverkürzung in einem größeren Rahmen steht.

Eines der wichtigen Ergebnisse von PISA ist, dass es in Deutschland im internationalen Vergleich einen „großzügigen Umgang mit Lebenszeit“ gibt, wie es dort in einer freundlich gehaltenen Formulierung von Professor Baumert heißt. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Das beginnt beim Einschulungsalter und dem Umfang der Zurückstellungen für den Eintritt in die Grundschule und drückt sich vor allem in der in Deutschland viel zu hohen Quote von Klassenwiederholungen aus.

Maßnahmen für einen verantwortlicheren Umgang mit Lebenszeit müssen deshalb zunächst und vor allem bei dem ansetzen, was wir in NRW im Gefolge von PISA in die Wege geleitet haben, bei der Reduzierung der Zurückstellungen beim Eintritt in die Grundschule, bei der Reduzierung des Umfangs der Klassenwiederholungen und bei der Ausweitung ganztägiger Angebote.

Daneben geht es dann auch aber - wie gesagt - um das Abitur nach 12 Jahren. Wir haben in der Vergangenheit bereits einiges für die Individualisierung und Flexibilisierung von Bildungswegen getan und waren dabei erfolgreicher, als manche es wahr haben wollen. In den drei Varianten individuelles Springen, Gruppenspringen und vor allem Profilklassen haben zunehmend mehr Schülerinnen und Schüler von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Schulzeit zu verkürzen. Derzeit haben wir knapp 50 Profilklassen.

Das Düsseldorfer Signal geht jetzt noch einen deutlichen Schritt weiter. Es will das Abitur nach 12 Jahren als Regelfall. Neben den bereits genannten Maßnahmen ist dieses für uns ein weiterer Beitrag zu dem verantwortlichen Umgang mit Lebenszeit.

Die Wege zu diesem Ziel wollen aber gut bedacht sein. Wir werden gemeinsam zu tun haben, die Vor- und Nachteile bestimmter Entscheidungen abzuwägen. Das hängt auch damit zusammen, dass wir bisher eine Vorgabe der KMK für den Umfang des Unterrichtsvolumens von der Klasse 5 bis zum Abitur haben, nämlich mindestens 260 - 265 Stunden.

In der Zeit der Entwicklung verbindlicher Bildungsstandards gilt es aber nun zu überlegen, welchen Stellenwert solche quantitativen Vorgaben für Unterrichtsvolumina in Zukunft noch haben sollen. Vor diesem Problem stehen alle Bundesländer.

Aber auch wenn es uns gelingt, in diesem Punkt etwas mehr Flexibilität zu erreichen - die häufig anzutreffende Vorstellung, man brauche für das Abitur nach 12 Jahren nur einfach ein Jahr herauszuschneiden, ist unrealistisch. Wir haben durch TIMSS und PISA gelernt, dass formelle Bildungszeiten nicht so wichtig sind wie wir in der Vergangenheit gedacht haben, vollkommen unwichtig sind sie aber durchaus nicht.

Wir müssen also einen Weg finden, Unterrichtsvolumen umzuverteilen – jedenfalls so lange die genannte KMK-Vereinbarung besteht. Wir müssen deshalb auch klären, wie bei einem zeitweiligen Nebeneinander zwölfjähriger und dreizehnjähriger Bildungsgänge die zeitweilig notwendig werdenden zusätzlichen Ressourcen aufgebracht werden sollen.

Wir müssen bei all diesen Überlegungen ein paar Prinzipien im Auge behalten, auf die ich mich heute beschränken will:

- Unser Ziel muss es sein, nicht weniger, sondern mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur zu führen. Der Anteil der jungen Menschen, die die Hochschulreife erwerben, ist bei uns zu gering. Das hat uns die OECD nachdrücklich ins Stammbuch geschrieben. Das gilt auch für NRW, auch wenn wir auf diesem Gebiet deutlich besser sind als Bayern.

- Wir wollen individualisierte und flexibilisierte Bildungsgänge. Das heißt in diesem Fall, dass Schülerinnen und Schüler in der Fläche unseres Landes auch das Abitur nach 13 Jahren erreichen können müssen. Wer länger als 12 Jahre bis zum Abitur braucht, soll diese Zeit nutzen können.

- Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen in der Sekundarstufe I muss so weit wie möglich erhalten bleiben.

- Wir dürfen nicht vergessen, dass Abitur nach 12 Jahren nur ein Beitrag zu dem umfassenden Ziel des verantwortlichen Umgangs mit Lebenszeit ist. Die Reduzierung der Zurückstellungen beim Eintritt in die Grundschule und die Reduzierung des Umfangs der Klassenwiederholungen sind mindestens *gleichbedeutsam.*

Wir entwickeln derzeit im Ministerium für Schule, Jugend und Kinder ein Konzept, das sich an diesen Prinzipien orientiert. Ich lade alle Interessierten dazu ein, hierzu einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Ein erstes Sondierungsgespräch zu diesem Thema mit den Vorständen der beiden Direktorenvereinbarungen hat ja bereits vor den Sommerferien stattgefunden. Zu gegebener Zeit können und sollen solche Gespräche fortgesetzt werden.

Ich will zum Schluss noch einmal zusammenfassend auf ein Thema zu sprechen kommen, das mir besonders am Herzen liegt und das deshalb bereits angeklungen ist: Die Entwicklung einer Förderkultur an unseren Schulen.

PISA hat uns in diesem Zusammenhang – wie bereits erwähnt – auf die im internationalen Vergleich sehr hohe Quote von Klassenwiederholungen aufmerksam gemacht. Nun gibt es Klassenwiederholungen auch in anderen Systemen – in Frankreich z.B. ähnlich ausgeprägt wie bei uns – und nicht jede Klassenwiederholung ist negativ zu beurteilen.

Dass sie in dem bei uns vorherrschenden Umfang unproduktiv sind, darüber besteht nach den Analysen von PISA kaum ein Zweifel. Wir liegen dabei in NRW deutlich hinter den (negativen) Spitzenreitern Schleswig-Holstein und Bremen zurück, aber auch wir haben da ein Problem.

Für das Gymnasium in NRW ergibt sich in Kürze folgendes Problem:

- Es gibt einen säkularen Rückgang der Selektionsquote am Gymnasium von den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts bis heute bei einem gleichzeitigen deutlichem Anstieg der Übergangsquote zum Gymnasium. Das zeigt, dass das Gymnasium nicht mehr die hochselektive Schulform der Nachkriegszeit ist, sondern sich grundlegend gewandelt hat und seine breitere und leistungsheterogenere Schülerschaft akzeptiert hat. Die Selektionsquoten am Gymnasium liegen heute unter der der Realschule und der Hauptschule.

- Diese Entwicklung muss entgegen manchen Unkenrufen nicht auf Kosten der erreichten Leistungen gehen. Dem PISA-Länderbericht lässt sich entnehmen, dass NRW bei den unteren 25 % der Gymnasialschüler das gleiche Ergebnis erreicht wie Bayern bei einer wesentlich geringeren Gymnasialquote. Ich meine, auf dieses Ergebnis können die nordrhein-westfälischen Gymnasien stolz sein. Es deutet darauf hin, dass es den nordrhein-westfälischen Gymnasien gut gelingt, Basisstandards zu sichern.

- Gleichwohl gibt es auch kritische Hinweise aus PISA. Das Gymnasium partizipiert an dem allgemeinen Befund, dass in Deutschland das Unterrichtsklima durch ein Ungleichgewicht von Leistungsdruck und Lehrerunterstützung gekennzeichnet ist. Bei der Wahrnehmung von Lehrerunterstützung im Deutschunterricht hat das Gymnasium – auch in NRW – schlechtere Werte als die anderen Schulformen. Hier scheint die notwendige Balance zwischen Fordern und Fördern – wir brauchen selbstverständlich beides – noch nicht so wie gewünscht erreicht worden sein.

Es gibt also für das Gymnasium in NRW ebenso Anlass für Zufriedenheit wie für Unzufriedenheit. Wie alle Schulformen steht es vor der Aufgabe, die Förderorientierung seiner Arbeit – selbstverständlich bei der Wahrung der bereits angesprochenen Balance zwischen Fordern und Fördern - zu verstärken. Neben den bereits angesprochenen Maßnahmen im Bereich

Standardsetzung und Standardüberprüfung sollen u.a. Lern- und Förderempfehlungen für versetzungsgefährdete und nicht versetzte Schülerinnen und Schüler einen Impuls zu einer individualisierteren Lernbegleitung geben. Die Handreichung zu diesem Thema ist gerade den Schulen zugegangen.

Die gymnasiale Schulaufsicht hat sich vor gut zwei Wochen auf ihrer Jahrestagung ausführlich mit diesem Thema beschäftigt und vereinbart, auf diesem Feld aktiv zu werden. Auf dieser Tagung haben fünf Schulen aus allen Regierungsbezirken über bereits laufende Initiativen auf diesem Gebiet berichtet. Ich bin sicher, dass es nicht nur diese fünf Schulen gibt, sondern bereits viele, die sich dieses Themas angenommen haben.

Ich möchte hier in einem Kreis gymnasialer Schulleiterinnen und Schulleiter ausdrücklich dafür werben, dass sich alle Gymnasien dieses Themas annehmen. Die Gymnasien in NRW haben auf diesem Gebiet – wie dargestellt – durchaus Erfolge, aber auch genügend Aufgaben. Auch ohne zusätzliche Ressourcen ist – das zeigen die vorhandenen Beispiele – hier viel möglich.

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Warte nicht auf bessere Zeiten!“ heißt ein altes Lied von Wolf Biermann, noch aus seiner Zeit in der DDR.

Ich habe versucht deutlich zu machen, dass ich Probleme, Schwierigkeiten und Belastungen in den Schulen sehe und dass ich versuche, auf meiner Ebene das Mögliche zu tun, um Sie zu unterstützen. Ich habe aber gleichzeitig deutlich zu machen versucht, dass wir nicht die Möglichkeit und angesichts unserer Verpflichtung gegenüber den Schülerinnen und Schülern in den Schulen auch nicht das Recht haben, auf bessere Zeiten zu warten.

Ich weiß, dass die Entscheidungen über den Erfolg all unserer Initiativen letztlich in den Schulen fallen. Dabei sind Sie als Schulleiterinnen und Schulleiter in einer Schlüsselstellung.

Ich bitte deshalb um Ihre Unterstützung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.